

Was hat DIE LINKE in der Digitalpolitik zu diskutieren?

Kurzübersicht der BAG Netzpolitik

Digitalisierung stellt die grundsätzliche Frage nach der Zukunft des Politischen und der Demokratie, die letztlich alle Arbeits- und Lebensbereiche umfasst.

Diskussionspapier Arbeit (und Leben) 4.0 der Bundestagsfraktion DIE LINKE¹

Die Digitalisierung bringt den eingespielten Lauf der Dinge durcheinander: Das macht die Verhältnisse beweglich – und von links politisierbar.

10 Punkte für eine digitale Agenda der LINKEN²

In der Digitalisierung sehen wir die Chance den sozial-ökologischen Wandel voranzutreiben. Die Digitalisierung muss weder bekämpft noch verwaltet, sondern gestaltet werden.

Erklärung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN vom Mai 2017³

Wir sind im 21. Jahrhundert und vieles deutet daraufhin, dass alte linke Antworten längst nicht mehr reichen. Was sagt die LINKE zur Digitalisierung?

Zeit für eine linke Programm-Debatte, Beitrag von Petra Pau im Neuen Deutschland vom April 2018⁴

Die vorangestellten Zitate zeigen: In der LINKEN wird Diskussionsbedarf zum Thema Digitalisierung gesehen – nicht nur um strittige Positionen zu klären, sondern auch um politische Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Diskussionsaufschläge sind inzwischen einige gemacht. Anstatt einen weiteren hinzuzufügen, hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Netzpolitik entschieden, in dem vorliegenden Papier zusammenzufassen, in welchen Punkten aus unserer Sicht die Haltung der LINKEN geklärt ist, wo wir Diskussions- oder Konkretisierungsbedarf sehen und wo tatsächliche Dissense bestehen, auch an Stellen an denen die Haltung der BAG selbst klar bestimmt ist.

Da wir keinen Anspruch erheben, die Breite der Diskussion in der Partei vollständig zu erfassen, ist mit diesem Papier ausdrücklich die Bitte verbunden, auf fehlende Punkte und von uns nicht erkannte Kontroversen hinzuweisen.

Für Hinweise und Fragen, bitte die E-Mail-Adresse der BAG Netzpolitik verwenden:

info@dielinke-netzpolitik.de

1 <https://blog.die-linke.de/digitalelinke/wp-content/uploads/AG-Digitalisierung-Diskussionspapier-Arbeit4null.pdf>

2 https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/2017-08-21_digitale_agenda_langfassung.pdf

3 <http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/nc/politik/detail/zurueck/politik/artikel/digitalisierung-nicht-bekaempfen-sondern-gestalten/>

4 <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1085868.die-linke-zeit-fuer-eine-linke-programm-debatte.html>

Freies Netz, freies Wissen, Netz für Alle

Als ein Grundkonsens linker Netz- bzw. Digitalpolitik lässt sich aus unserer Sicht folgendes festhalten:

Wir wollen das Internet als freien Kommunikationsraum erhalten und als solchen sowohl gegen staatliche als auch privatwirtschaftliche Übergriffe verteidigen. Das bedeutet: Wir lehnen anlasslose staatliche Überwachung, wie sie in der Vorratsdatenspeicherung, dem Staatstrojaner und der geheimdienstlichen Praxis zum Ausdruck kommt, ab. Wir kämpfen gegen Einschränkungen der Meinungsfreiheit durch verpflichtende Sperren oder Filter und fördern freie, nicht-profitorientierte Alternativen zu kommerziellen Angeboten und Infrastrukturen. Wir treten jedem Machtmissbrauch der großen monopolistischen Plattformkonzerne entgegen, auch, aber nicht nur, im Bereich des Datenschutzes, ebenso wie ihren Strategien zur Steuervermeidung.

Wir lehnen die Militarisierung der IT-Sicherheit und die Entwicklung offensiver „Cyber“-Kapazitäten ab und setzen stattdessen auf eine Erhöhung des Sicherheitsniveaus u.a. durch Härtung von Infrastruktur, Meldepflichten und Regelungen zur Produkthaftung⁵. Dies gilt ebenso für den Export von Zensur- und Überwachungstechnologien, die wir analog zum Rüstungsexport verbieten wollen.

Wir wollen den freien Zugang zu Informationen ermöglichen und die Wissensallmende stärken. Dazu gehören eine umfassende Transparenz staatlichen Handelns, die Bereitstellung von Daten der öffentlichen Hand als Open Data, der Einsatz von freier Software in der Verwaltung sowie die Förderung von Open Access in der Wissenschaft und offener Bildungsressourcen. Auch außerhalb des öffentlichen Sektors wollen wir freies Wissen fördern und wo im öffentlichen Interesse nötig Transparenzpflichten schaffen. Der freie Zugang zum Netz ist Teil der Daseinsvorsorge und muss unabhängig vom Einkommen gewährleistet sein. Dabei ist die Netzneutralität zu wahren.

Zukunft der Arbeit

Strittig sind Fragen mit Bezug auf die Entwicklung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung. Konsens besteht über die Wichtigkeit starker sozialer Sicherungssysteme und die Notwendigkeit, Produktivitätsgewinne gerecht zu verteilen, auch durch die Verkürzung von Arbeitszeit.

Unterschiedliche Bewertungen existieren bereits auf der empirischen Ebene: In welchem Ausmaß, in welchen Bereichen und in welchen Zeiträumen wird die Digitalisierung zu einer Automatisierung menschlicher Tätigkeiten führen? Inwieweit werden wegfallende Arbeitsplätze ersetzt werden und wie werden diese verteilt sein?

Aus verschiedenen Antworten auf diese Fragen ergeben sich auch verschiedene politische Schlussfolgerungen, insbesondere was die Frage nach Anpassungen in den sozialen Sicherungssystemen angeht. Auch – aber nicht nur – die in der Partei kontrovers diskutierte Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen steht oft in diesem Kontext. Auch zu Vorschlägen wie der wieder verstärkt diskutierten „Maschinensteuer“ gibt es keine einheitliche Linke Haltung.

Welche Konsequenzen sich aus der Digitalisierung der Arbeit für Mitbestimmung und Arbeitskämpfe ergeben, wenn zunehmend Arbeitsverhältnisse die Form wandeln und Arbeitsprozesse durch Softwareverfahren strukturiert, überwacht oder gesteuert werden, ist ebenfalls zu diskutieren.

⁵ Für einen Überblick zum Thema sei verwiesen auf das Diskussionspapier der Bundestagsfraktion: https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/180709_Digitale_Sicherheit.pdf

Zukunft der Stadt

Das Schlagwort „Smart City“ ist in aller Munde. Für eine kritische linke Auseinandersetzung damit gibt es gute Grundlagen⁶, im Moment ist aber zumindest rhetorisch die Frage zwischen Fundamentalkritik und dem Versuch der positiven Besetzung (Bundestagswahlprogramm: „Smart Cities von links“) ungeklärt.

Ein Kernaspekt im „Smart City“-Diskurs sind Fragen der Erzeugung, der Verarbeitung und des Zugriffs auf Daten. Schlagwörter wie Datenpolitik, Datensouveränität, Dateneigentum und Datenreichtum begleiten einen harten Kampf privatwirtschaftlicher Interessen um ihre zukünftige Stellung zueinander wie auch den Zugriff auf (bislang) öffentliche Infrastrukturen und Räume. Die BAG Netzpolitik hat in diesem Zusammenhang im letzten Jahr ein Positionspapier erarbeitet⁷.

Auch wenn sich aus der Ablehnung von Privatisierung und Kommodifizierung in vielen Fragen klare Haltungen ergeben, ist damit noch kein Leitbild für die Stadt – oder den ländlichen Raum – der Zukunft formuliert. An welchen Stellen ist es sinnvoll, neue datenbasierte Infrastrukturen zu schaffen? Welche Rolle sollte dabei dem Staat zukommen? Wo ist automatisierte Steuerung sinnvoll oder sogar geboten? Wie soll die digitalisierte Mobilität der Zukunft gestaltet werden, die auch Nachhaltigkeit gewährleistet?

Demokratie und Staat

Dass wir bei unseren Forderungen nach Demokratisierung und Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen auch die Möglichkeiten der Digitalisierung mitdenken und nutzen sollten, dürfte nicht strittig sein. Konkrete Vorstellungen hat die Linke hier allerdings noch nicht entwickelt. Hier wären auch Überlegungen zu parteiinternen Beteiligungsmöglichkeiten anzusetzen.

Zum Thema E-Government bzw. Verwaltungsdigitalisierung besteht aus unserer Sicht kein grundlegendes Klärungsbedürfnis, wobei festzuhalten ist, dass Effizienzgewinne nicht als Begründung für Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung insgesamt herangezogen werden dürfen.

Automatisierte Entscheidungsfindung

Einen immer größerer Stellenwert in der öffentlichen Debatte nimmt die automatisierte Entscheidungsfindung ein, oft unter dem Stichwort der Kontrolle von „Algorithmen“. Gemeint sind damit Entscheidungen, die komplett oder unterstützend durch Software getroffen werden und spürbare, oft gravierende Konsequenzen für das Individuum haben können, z.B. bei der Kreditvergabe, bei Versicherungswürdigkeit und -prämien, bei Job-Bewerbungen und sogar bei der vermeintlichen Voraussage der Rückfälligkeit von StraftäterInnen.⁸

Im Fokus der Diskussion steht momentan vor allem die mangelnde Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen, die zum Teil auf die verwendete Technik zurückgeht (Maschinenlernen) und zum Teil politischer bzw. rechtlicher Natur ist (verwendete Methode oder deren Datenbasis ist „Geschäftsgeheimnis“). Wir gehen davon aus, dass es unter Linken Konsense ist hier größtmögliche Transparenz herzustellen und den Einsatz der Technik in der Privatwirtschaft öffentlich zu regulieren.

⁶ Siehe etwa die Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung:

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Die_smart_e Stadt_neu_denken_01.pdf

⁷ Siehe https://dielinke.berlin/fileadmin/download/2017/2017-07-26_Linke_Datenpolitik.pdf

⁸ Siehe <https://www.oeffentliche-it.de/documents/10181/76866/8+Zweig+%26+Krafft+-+Fairness+und+Qualität+algorithmischer+Entscheidungen.pdf> sowie <https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publicationen/GrauePublicationen/WoMaschinenlrrenKoennen.pdf>

Aus linker Sicht wurde jedoch bis jetzt wenig diskutiert inwieweit automatisierte Entscheidungsfindung auch das Potenzial hat bessere oder gerechtere Entscheidungen zu treffen als einzelne Menschen, da sie mehr Informationen berücksichtigen kann und weniger anfällig für menschliche Fehler, Vorurteile und Bestechlichkeit ist, bzw. seien könnte (in der Praxis scheint es momentan als würden dafür die Vorurteile der Software-Entwickler oder der bisherigen Datenlage reproduziert werden).

Bildung

Unstrittig sind unserer Wahrnehmung nach die zentrale Bedeutung des Aufbaus von medialer Kompetenz und Mündigkeit in der Bildung, ebenso wie die Förderung offener, nicht kommerziell orientierter Bildungsressourcen. Verschiedene Auffassungen bestehen allerdings darüber, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt gerade in der schulischen Bildung Digitale Medien eingesetzt und spezifische informatische Inhalte vermittelt werden sollten. Neben unterschiedlichen pädagogischen Ansätzen spielen dabei auch verschiedene Vorstellungen über den Wandel der Lebenswelt im Zuge der Digitalisierung eine wesentliche Rolle, ebenso wie die Frage inwieweit neue arbeitsweltliche Verhältnisse auf die schulische Bildung zurückwirken sollten. Für umfassende Änderungen bei Lehrinhalten oder -methoden ergäben sich wiederum andere Anforderungen an LehrerInnenbildung und Schulbetrieb, für die es momentan kein ausgearbeitetes Konzept gibt.

Medien

Im Urheberrecht haben wir eine klare Grundhaltung, die eine Stärkung der Position der Kreativen mit einem ungehinderten Zugang zu Wissen und Kultur verbindet, sowie eine Reihe davon abgeleiteter Einzelpositionen, die wir vertreten. Ein Gesamtkonzept für ein linkes Urheberrecht liegt damit aber nicht vor, und hierfür wäre wohl auch noch einiges zu diskutieren – unsere genauen Vorstellungen zu Schutzfristen seien hier nur als Beispiel genannt.

Auch die Frage nach neuen Finanzierungskonzepten für Kultur und Medien, die nicht in kommerzieller Verwertung bestehen, gehört hierher. Das gilt für grundsätzliche Ideen, von denen in der Vergangenheit einige unter dem Label „Kulturflatsrate“ diskutiert worden, wie für konkrete Fördermodelle. Was ist unsere Antwort auf die durch die Digitalisierung bedingten Umbrüche im Journalismus, wie lassen sich Alternativen zu den inzwischen etablierten werbebasierten Geschäftsmodellen finden? Welche Rolle soll der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk in Zukunft im Internet spielen, wenn die Medienkonvergenz die klassische Trennung zwischen Rundfunk und Presse überholt erscheinen lässt?

Infrastruktur

Was die Netzinfrastruktur angeht, ist die Forderung nach einer Vergesellschaftung und umfänglichen staatlichen Investitionen wohl unstrittig. Was noch fehlt, ist ein ausgearbeitetes Konzept, wie ein solcher Übergang ausgestaltet werden kann und welchen Eigentumsformen (kommunal? genossenschaftlich?) dabei der Vorrang zu geben ist.

Nicht geklärt ist – und hier ist auch das Bundestagswahlprogramm auslegungsbedürftig – was unsere genauen Vorstellungen für die Internetserviceprovider sind. Hier ist aus unserer Sicht anzumerken, dass einem rein staatlichen Betrieb zumindest Bedenken bezüglich der Gewährleistung des Kommunikationsgeheimnisses und dem eigenverantworteten, nicht profitorientierten Aufbau von Netzen (etwa im Rahmen im Freifunk) entgegenstehen.

Plattformen

Im weiteren Sinne müssen auch softwarebasierte Plattformen, die eine kritische Masse erreicht haben und für viele Menschen den Kommunikationsalltag strukturieren, heute als Teil der Infrastruktur gesehen werden. Dass diese heute im Besitz privater Monopolisten wie Google und Facebook sind, stellt die Gesellschaft damit vor große Probleme.

Verschiedene Vorschläge zur Regulierung insbesondere der Sozialen Medien werden heute diskutiert – die Förderung von Alternativen, verpflichtende Interoperabilität bzw. Schnittstellen, Änderungen im Wettbewerbsrecht etc. Daneben ist aus linker Sicht die Forderung nach einer Vergesellschaftung dieser Infrastruktur naheliegend und teilweise auch schon erhoben worden. Allerdings wären dabei entscheidende Fragen ungeklärt, sowohl nach der Form als auch nach der Umsetzung. Eine tiefergehende Diskussion zu all diesen Ansätzen scheint uns erforderlich.

Auch unabhängig davon stellt sich die Frage, wie mit der Verbreitung illegaler, irreführender oder hetzerischer Inhalte über Soziale Medien umzugehen ist. Zu dem im Zuge einer relativ aufgeheizten Debatte entstandenen Netzwerkdurchsetzungsgesetz hat sich die Linke klar negativ positioniert. Die damit adressierten Probleme sind aus unserer Sicht aber real, auch wenn bei Umfang und Wirkung im Detail noch Erkenntnisbedarf besteht. Zu klären wäre, ob wir hier eigene Vorschläge entwickeln sollten, die über den Verweis auf bessere Durchsetzung des bestehenden Rechts hinausgehen, insbesondere mit Blick auf die faktische Rechtssetzung von Plattformen durch eigene Standards.

Die Plattformlogik erfasst nicht nur die Kommunikationsmedien, sondern auch andere Wirtschaftsbereiche – AirBNB, Uber und co. heften sich das Label der „Sharing Economy“ an, aber ihre Geschäftspraktiken sind alles andere als gemeinwohlverträglich. Hier ist aus linker Sicht neben Regulierung auch die Schaffung von Alternativen, sei es in öffentlicher Hand oder in Form von Plattformgenossenschaften, attraktiv – in welchen Bereichen und wie politisch darauf hingewirkt werden kann, wäre zu klären.

Forschung, Wissenschaft und Gesundheit

Mit dem Schlagwort „Big Data“ werden Potenziale und Auswirkungen der Erhebung und Verarbeitung großer, unstrukturierter Datenmengen angesprochen. In der politischen Diskussion ist damit oft die Forderung nach einer Ablösung des „überholten“ Datenschutzes zugunsten eines erleichterten Zugriffs auf personenbezogene Daten verbunden. Auch wenn diese von Unternehmensinteressen geleitete Sicht für uns sicher nicht zustimmungsfähig ist, weist sie doch auf einige offene Fragen hin, was etwa die grundsätzliche Anonymisierbarkeit großer Datensätze angeht.

In einigen Bereichen, insbesondere der Gesundheitsforschung und der personalisierten Medizin, sind die Potenziale unserer Ansicht nach groß genug, dass eine differenzierte Diskussion über Regelungsbedarfe notwendig ist. Dabei dürfen Probleme wie die Existenz profitorientierter Akteure im Gesundheitssystem und die in der Praxis oft unzulängliche Sicherheit von IT-Systemen nicht vernachlässigt werden.